

Flüchtlinge als Erntehelfer
Die Integrationsmassnahme lief mit mässigem Erfolg. 5

Fehlende Ausrüstung
Die abgestürzte Ju-52 hatte kein Kollisionswarngerät. 20

Wichtige Einnahmequelle
Luzerner Klöster setzen verstärkt auf Gästezimmer. 25

Verfrühter Abzug
Weil das Wasser fehlt, werden Kühe von den Alpen geholt. 27

Luzerner Zeitung

Donnerstag, 9. August 2018

AZ 6002 Luzern | Nr. 182 | Fr. 3.50 | € 4.- www.luzernerzeitung.ch



Triumph
Maria Ugolkova holt an der Schwimm-EM Bronze. 38

Eklat in der Europapolitik

Lohnschutz Die Gewerkschaften verweigern Gespräche mit Bundesrat Johann Schneider-Ammann über die flankierenden Massnahmen. Nun hagelt es Schuldzuweisungen auf beiden Seiten.

Fabian Fellmann, Doris Kleck

«Es braucht ein klärendes Gewitter»: Mit diesen Worten beschrieb Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann gestern Abend nicht das Wetter, sondern die politisch aufgeladene Stimmung in Bern.

Am Nachmittag hatte der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) mitgeteilt, er beteilige sich nicht an Gesprächen über den Lohnschutz. Schneider-Ammann plante dabei Möglichkeiten auszuloten, die sogenannten flankierenden Massnahmen EU-kompatibel zu gestalten. SGB-Präsident und SP-Ständerat Paul

«Die Gewerkschaften sind schuld, wenn Arbeitsplätze gefährdet werden.»



Damian Müller
Ständerat (FDP/LU)

Rechsteiner kritisiert das als Abbauplan: «Was Schneider-Ammann vorhat, ist ein beispielloser Angriff auf die Lohnabhängigen in diesem Land.»

Der Wirtschaftsminister sprach deswegen von einem «Vertrauensbruch». Er kündigte an, die Arbeiten an neuen Lohnschutzideen weiterzuführen unter Einbezug von Wirtschaftsvertretern, Kantonen und Fachleuten. Die Vorschläge sollen in die Verhandlungen mit der Europäischen Union über ein Rahmenabkommen eingebracht werden. Mit den Gewerkschaften werde er das Gespräch weiterhin suchen, sagte Schneider-Am-

mann. Nur mit deren Zustimmung könne ein Rahmenabkommen eine Mehrheit finden.

Bürgerliche vergleichen Gewerkschaften mit SVP

Der Gesprächsabbruch durch die Gewerkschaften löst bei den Parteien kontroverse Reaktionen aus. «Was die Gewerkschaften machen, ist richtig», sagt SP-Fraktionschef Roger Nordmann. «Würden sie jetzt nachgeben, hätte das Rahmenabkommen an der Urne keine Chance.» In den Verhandlungen mit der EU brauche es «den Reset vom Reset».

Harte Kritik kommt von bürgerlicher Seite: «Die Gewerk-

schaften sind schuld daran, wenn die Schweiz mit der EU kein neues Marktzugangsabkommen aushandeln kann und so die Arbeitsplätze in der Schweiz gefährdet werden», sagt der Luzerner FDP-Ständerat Damian Müller. Scharfe Worte wählt auch CVP-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter: «Gewerkschaftsboss Paul Rechsteiner redet wie die SVP.» Die Linke fordere seit Jahrzehnten institutionalisierte Beziehungen zur EU, so die Präsidentin der Aussenpolitischen Kommission: «Aber sobald es um ihre Anliegen geht, klemmen sie jegliche Kompromisse ab.»

Kommentar 6. Spalte

2/3

Kommentar

Renitente Schweizer

Die Verhandlungen um ein Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU drohen zur unendlichen Geschichte zu werden: Nebst der SVP, die partout keine institutionelle Anbindung an die EU will, schießt sich nun auch die Linke auf ein Abkommen ein. Der Grund sind die von der EU geforderten Konzessionen bei den flankierenden Massnahmen. Der Bundesrat hatte diese zwar zu den roten Linien erklärt, über welche nicht verhandelt werden soll. Doch in Hinterzimmern lotet die Schweizer Regierung trotzdem den innenpolitischen Handlungsspielraum aus, wo man Brüssel allenfalls entgegenkommen könnte.

Jetzt wissen wir: Diesen Spielraum gibt es nicht. Die Gewerkschaften laufen gegen jegliche Aufweichung des Lohnschutzes Sturm. Zusammen mit der SVP und anderen Skeptikern einer EU-Anbindung reicht dies aus, um jedes Rahmenabkommen in einer Volksabstimmung zu Fall zu bringen. Die Situation ist also ausweglos. Denn die Hoffnung, dass Brüssel angesichts der laufenden Brexit-Verhandlungen der viel kleineren Schweiz ein paar schöne Geschenke präsentieren wird, dürfte sich rasch zerschlagen. Eine Einigung ist unter solchen innen- und aussenpolitischen Vorzeichen kaum mehr absehbar.

Eine Katastrophe ist das so lange nicht, wie es der Wirtschaft rundläuft. Die Schweiz hat viel Erfahrung darin, sich international durchzumogeln. Wursteln als aussenpolitische Maxime des Kleinstaats. Die Verhandlungen selber abzubrechen, wäre deshalb töricht. Der Bundesrat muss in Brüssel weiterkämpfen – und irgendwie hoffen, die EU möge die renitenten Schweizer nicht allzu hart an die Kandare nehmen. Und falls doch, trügen SVP und Gewerkschaften dafür die politische Verantwortung.



Stefan Schmid
schweiz@luzernerzeitung.ch

SVP und FDP mit Potenzial – CVP drohen weitere Verluste

Zentralschweiz Für die dominierende CVP brechen weitere schwere Zeiten an. Zwei Parteien dürfen hoffen.

«Die CVP hat noch nicht alle Luft nach unten verbraucht.» Das sagt der renommierte Politgeograf Michael Hermann. Für die noch immer in allen sechs Zentralschweizer Kantonen stärkste Partei sei es «extrem schwierig, sich zu erholen». Dies deshalb, weil die Konfession für viele Wähler an Bedeutung verliere, so Hermann. Am ehesten in der Lage, den Niedergang zu stoppen, seien die Sektionen in Luzern und Uri. Wie die Analyse der kantonalen Wahlen seit 1972 zeigt, verlor die CVP Luzern in den letzten

mehr als 40 Jahren 19,1 Prozent Wähleranteile. Bei der Zuger Sektion waren es im gleichen Zeitraum 21,4 Prozent.

Weniger hohe Einbussen hinnehmen musste die FDP. Und sie kann laut Hermann sogar die Wende schaffen – weil sie für klarere Positionen als die CVP stehe. Der SVP, die in der ganzen Zentralschweiz hohe Gewinne verzeichnete, traut Hermann zu, nach Schwyz auch in Nidwalden die Nummer 1 zu werden. In Luzern sei der Sprung nach ganz vorne jedoch unrealistisch. (mus) 21

Blitzeinschläge: Zwei Verletzte

Stadt Luzern Über 600 Blitzeinschläge innert einer Stunde zählte Meteo Schweiz gestern Morgen während eines Gewitters in der Region Luzern. Einer davon sprengte einen 40 Meter hohen Mammutbaum beim Felsberg-Schulhaus in Luzern. Äste und Stammteile wurden im Umkreis von 100 Metern weggeschleudert. Dabei wurde eine Frau verletzt und ein Wohnhaus beschädigt. Weitere Blitzeinschläge verletzten einen Bauarbeiter in Kriens und lösten in Littau einen Dachstockbrand aus. (hor) 23

Glencore feiert Kohle-Comeback

Rohstoffe Die gestern von Glencore präsentierten Halbjahreszahlen zeigen den Zuger Rohstoffkonzern in robuster finanzieller Verfassung. Die gute alte Kohle, die manche Branchenbeobachter vor zwei Jahren noch weitgehend abgeschrieben hatten, zählt wieder zu den Goldeseln des Multis. Vom Gewinn des Konzerns stammt fast ein Viertel aus dem Kohlegeschäft.

Einen Anteil am Comeback der schlimmsten aller CO₂-Schleudern haben ironischerweise auch Klimaschützer. (dz) 9

Rindfleisch im Überfluss



Landwirtschaft Weil den Landwirten das Futter ausgeht, werden dieser Tage sehr viele Kühe zur Schlachtbank geführt. Der Preis brach binnen Tagen um 20 Prozent ein. Dennoch sollen im August 800 Tonnen Kuhhälften importiert werden. 11

Bild: Getty



00182

9 771421 743005

Inhalt Börse 10 Lagerdraht 28/29 Rätsel 26 TV/Radio 18
Agenda 34 Forum 12 Piazza 13-15/17 Todesanzeigen 33 Wetter 19

Abonnemente 041 429 53 53, E-Mail: leserservice@lzmedien.ch, **Internet** www.luzernerzeitung.ch
Redaktion 041 429 51 51, redaktion@luzernerzeitung.ch, **Inserate** 041 429 52 52, inserate@lzmedien.ch



Die Gewerkschaften wollen mit allen Mitteln Dumpinglöhne verhindern – nicht nur auf Baustellen.

Bild: Christian Merz/Keystone (Neuenburg, 6. September 2017)

Darüber wird gestritten

Die Personenfreizügigkeit mit der EU führt zu einem Druck auf die hohen Schweizer Löhne. Um diesen zu mildern, haben sich Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften auf die sogenannten flankierende Massnahmen (FlaM) geeinigt, die 2004 in Kraft traten und mehrfach verschärft wurden. Diese bestehen aus intensiven Arbeitsmarktkontrollen sowie strengeren Vorschriften: Gesamtarbeitsverträge können für ganze Branchen einfacher verbindlich erklärt werden, in gefährdeten Branchen können die Behörden Normalarbeitsverträge erlassen, etwa für Hausangestellte.

Besonders umstritten sind bei den flankierenden Massnahmen:

Gerichtbarkeit

Die EU betrachtet die Schweizer Massnahmen teilweise als Verletzungen der bilateralen Verträge. Das ist einer der Hauptgründe, warum sie mit der Schweiz ein Rahmenabkommen abschliessen will: Eine gemeinsame Gerichtsstanz soll die Rechtmässigkeit überprüfen können. Der Bundesrat wollte die FlaM zunächst von den entsprechenden Verhandlungen ausklammern, was ihm aber nicht gelang. Darum sucht nun Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann neue Lohnschutzmassnahmen, die EU-kompatibel sind. Der Bundesrat schliesst dabei inzwischen nicht mehr kategorisch aus, dass in Zukunft ein Schiedsgericht die FlaM überprüfen könnte.

8-Tage-Regel

Europäische Firmen müssen sich acht Tage vor der Ausführung eines Auftrags in der Schweiz beim Bund anmelden. Die EU kritisiert die Frist als diskriminierend für europäische Firmen. Die Schweizer Gewerkschaften halten diese jedoch für nötig: Hiesige Instanzen bräuchten genug Zeit, um ihre Kontrollen zu organisieren.

Dabei prüfen Inspektoren nicht nur Dossiers, sondern auch etwa auf Baustellen, ob die EU-Firmen die Schutzvorschriften punkto Lohn, Arbeitszeiten und weiterem einhalten. Aussenminister Ignazio Cassis hat indes die Ansicht vertreten, die Kontrollen liessen sich rascher und besser organisieren.

Kontrollhäufigkeit

Die EU-Kommission verlangt laut Gewerkschaften, dass die Schweiz maximal 3 Prozent der europäischen Aufträge in der Schweiz unter die Lupe nimmt. Die heutige Kontrollquote liegt für Schweizer Arbeitgeber bei 7 Prozent, bei Firmen und Selbstständigen aus der EU bei rund einem Drittel. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr bei 44 000 Firmen 170 000 Personen überprüft. In durchschnittlich einem Viertel der Kontrollen stiessen die Inspektoren auf Verstösse gegen Gesamtarbeitsverträge, in Branchen ohne GAV beanstandeten sie rund einen Sechstel der Löhne. Bei 7 Prozent der Selbstständigen vermuteten die Kontrolleure eine Scheinselbstständigkeit.

Kautionspflicht und Sanktionen

In dumpinggefährdeten Branchen mit Gesamtarbeitsvertrag gilt seit 2009 eine Kautionspflicht für Firmen, die als Garantie für allfällige Sanktionen dienen. Die EU hält diese für vertragswidrig. Die Schweizer Gewerkschaften argumentieren, die Kautionen seien nötig: Lohn-dumping in der Schweiz sei für einige Firmen ein eigentliches Geschäftsmodell. Diese würden Sanktionen gezielt unterlaufen. Sie gründen zum Beispiel neue Firmen, wenn sie wegen schwerer Verstösse von den Schweizer Behörden gesperrt werden. Der Gewerkschaftsbund behauptete gestern, der Bundesrat wolle auch diese Sanktionsmassnahmen zur Disposition stellen. (ffe)

Von «Verrat» und «Vertrauensbruch»

Lohnschutz Einen Monat lang schwieg er, gestern drängte Gewerkschaftsboss Paul Rechsteiner mit einem Paukenschlag auf die politische Bühne zurück. Offiziell war er in Übersee in den Ferien. Ohne Schweizer SIM-Karte und damit unerreichbar für Bundesrat Johann Schneider-Ammann. Dabei kennen sich die beiden schon lange. Der St. Galler SP-Ständerat präsidiert seit 20 Jahren den Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB). Schneider-Ammann war vor seiner Wahl in die Landesregierung Unternehmer und Präsident des Verbands der Maschinen- und Metallindustrie – und sozialpartnerschaftlich erprobt. In einer SMS an Rechsteiner hatte Schneider-Ammann geschrieben: «Wir sind seit 30 Jahren zusammen unterwegs. Wir haben gefightet, doch uns am Schluss immer gefunden. Wenn wir zwei uns jetzt nicht finden, wird es schwierig.» Die Antwort des Gewerkschaftschefs bekam Schneider-Ammann erst gestern Morgen am Telefon: Der SGB nimmt an den Verhandlungen nicht teil.

Anfang Juli hatte der Wirtschaftsminister vom Bundesrat den Auftrag erhalten, mit den Sozialpartnern auszuloten, ob es bei den flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit Spielraum gibt. Die EU fordert Konzessionen beim Lohnschutz für den Abschluss eines institutionellen Rahmenabkommens. Dieses soll wiederum die bilateralen Verträge stabilisieren.

Das Zerwürfnis über den Einfluss der EU

Rechsteiner war zwar für Schneider-Ammann nicht erreichbar. Doch auch in Übersee bekam er mit, was der Wirtschaftsminister mit den Präsidenten von Arbeitgeber- und Gewerbeverband, der Gewerkschaft Travailsuisse sowie zwei Sozialpartnern besprochen hatte: Den Auftrag für eine Arbeitsgruppe, die heute ihre Arbeit aufnimmt – ohne Gewerk-

schaften. Rechsteiner sprach gestern von «Verrat» und «ausserordentlichen Vorgängen». Als Beweis zitierte Rechsteiner aus einem Papier des Wirtschaftsdepartements. Darin heisst es, die technische Arbeitsgruppe solle Vorschläge machen, wie die Flankierenden in «einer von der EU akzeptierten Form» ausgestaltet werden können, die vor «einer allfälligen Einschätzung des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) Bestand haben» müsse. Der SGB folgert daraus, dass die Schweiz künftig nicht mehr selbst über den Lohnschutz entscheiden kann.

Zwei Stunden später stellte Schneider-Ammann in einer improvisierten Pressekonferenz die Passagen in den Kontext. Schneider-Ammann ist gemäss seinem Papier zwar bereit, die 8-Tage-Regel zu verkürzen. Er will im Gegenzug

«Wenn wir zwei uns jetzt nicht finden, wird es schwierig.»



Johann Schneider-Ammann
FDP-Bundesrat und zuständig für
Wirtschaft, Bildung und Forschung

aber sowohl Meldefrist als auch Kautionspflicht vertraglich so gut absichern, dass kein Gericht daran rütteln könnte, weder das Bundesgericht noch der Europäische Gerichtshof. Im Papier steht weiter, das aktuelle Schutzniveau müsse erhalten bleiben. «Ich akzeptiere nicht, dass man mir unterstellt, ich würde Arbeitsplätze und Löhne in Frage stellen», sagte Schneider-Ammann und sprach von «Vertrauensbruch».

Die Kehrtwende von Travailsuisse

Interessant: Noch gestern Vormittag bestätigte Travailsuisse-Präsident und SP-Nationalrat Adrian Wüthrich, dass sein Verband an den Gesprächen teilnehmen wolle. Davon ging auch Schneider-Ammann aus. Am Nachmittag kam die Kehrtwende: Man diskutiere nicht «über eine reine Abbauvorlage». Der Gesprächsboykott war zwischen Gewerkschaften und SP abgesprochen. Fraktionschef Roger Nordmann sagt: «Es gibt keinen Millimeter Abstand zwischen der SP und den Gewerkschaften.» SP-Präsident Christian Levrat wirft den FDP-Bundesräten vor, sie würden den historischen Kompromiss in der Europafrage gefährden: «Die Öffnung gegen aussen war immer verknüpft mit sozialen Fortschritten im Innern.»

Der Luzerner FDP-Ständerat Damian Müller hingegen sagt: «Der Gewerkschaftsbund betreibt Gesprächsverweigerung und verabschiedet sich von den bilateralen Verträgen.» Dass es für das Rahmenabkommen mit der EU schlecht aussehe, befürchtet CVP-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter. Die Präsidentin der aussenpolitischen Kommission sagt: «Würde man vernünftig miteinander reden, liesse sich eine pragmatische und EU-kompatible Lösung für den Lohnschutz finden.»

Doris Kleck, Fabian Fellmann